



Bundesregierung einigt sich auf eine Milliarde Euro für „Kampf gegen Rechts“

Deutschland | 25. November 2020 | JF | 25 Kommentare

BERLIN. Die Bundesregierung hat sich am Mittwoch auf ein Maßnahmenpaket in Höhe von **einer Milliarde Euro** im „Kampf gegen Rechts“ geeinigt. Das Vorhaben solle „Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus besser verstehen lernen, dem Handeln von Rechtsextremen als starker Staat Antworten geben und die Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken“, teilte die Bundesregierung mit.

Die Mittel im Durchschnitt 250 Millionen Euro pro Jahr seien für den

Kampfen und Minister einig: Maßnahmen gegen Rechtsextremismus müssen verstärkt werden

Es sei „ein stärkeres Bewußtsein für Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen notwendig“, begründete die Regierung den Vorstoß. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sei sich mit den beteiligten Ministern einig, „daß der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus verstärkt werden müsse“.

Deutschland sei ein Land der Vielfalt. „Rechtsextremismus und Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben keinen Platz in Deutschland.“ Außenminister Heiko Maas (SPD) lobte die Einigung. „Damit stärken wir alle, die so unermüdlich dafür kämpfen, daß Rechtsextremismus in unserer Demokratie keinen Platz hat“, schrieb er auf Twitter.

Der Kabinettausschuss [#Rechtsextremismus](#) hat heute den Weg für eine dauerhafte [#Demokratieförderung](#) mit einem [#WehrhafteDemokratieFördergesetz](#) freigemacht. Bundesfamilienministerin Franziska [#Giffey](#) wird dazu gemeinsam mit dem Bundesinnenminister zügig Eckpunkte vorlegen. pic.twitter.com/i48Lam1yg2

— Familien-, Senioren-, Frauen- & Jugendministerium (@BMFSFJ) [November 25, 2020](#)

Der Kampf gegen Rechtsextremismus braucht konkrete Maßnahmen – und die kosten auch Geld. Eine Milliarde Euro wollen wir bis 2024 zur Verfügung stellen. Damit stärken wir alle, die so unermüdlich dafür kämpfen, dass [#Rechtsextremismus](#) in unserer Demokratie keinen Platz hat.

— Heiko Maas EU (@HeikoMaas) [November 25, 2020](#)

Im [Vorfeld der Ausschußsitzung](#) hatten sich rund 60 zumeist linke Vereine und Organisationen in einem offenen Brief an das Gremium gewandt. Darin drängten unter anderem die Amadeu-Antonio-Stiftung und die Neuen deutschen Medienmacher auf eine verstetigte finanzielle Förderung.

„Lassen Sie uns deutlich sagen: Die bisherige Form der Unterstützung von zivilgesellschaftlicher Demokratiewerk ist demotivierend, und ohne eine gesetzliche Grundlage bleibt der vereinbarte Regierungskompromiss ohne Substanz.“ Daher bedürfe es schnellst möglich eines „Demokratiefördergesetzes“.

Bereits Anfang des Jahres [hatten mehrere Organisationen über mangelnde Unterstützung](#) des Bundes geklagt. Die Mittel für das Programm „Demokratie leben“ vom Bundesfamilienministerium waren nicht erhöht worden und blieben bei 115 Millionen Euro im Jahr. Dadurch wären einige Arbeitsplätze zumeist linker Vereine weggefallen. Anschließend sprang im Falle Berlins die Landesregierung ein. (Is)